



Elterninitiative Nordfriesland
NICHT KÜRZEN BEI DEN KURZEN!



c/o Heike Klein
Osterwungweg 2 · 25813 Husum
Telefon (0 48 41) 83 55-0
Telefax (0 48 41) 83 55-55
E-Mail: wellmann-klein@foni.net

An den Sozialausschuss
im schleswig-holsteinischen Landtag
Düsternbrooker Weg 70

Schleswig-Holsteinscher Landtag
Umdruck 15/3478

D-24105 Kiel

28. März 2003
per Telefax vorab: 0431 9 88 1156

NOVELLIERUNG DES KITA-GESETZES

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Landesregierung plant, die Bezuschussung der Kindertagesstätten grundlegend neu zu ordnen. Es soll von einer Pauschalbeteiligung an den Personalkosten auf eine Pro-Kind-Finanzierung umgestellt werden. Dazu legte das Sozialministerium im vergangenen Jahr ein Eckpunktepapier vor, das nach einhelligen Protesten der Kreise, Kommunen, Träger und auch der Eltern zurückgezogen wurde. Anfang dieses Jahres wurde vom damals noch zuständigen Sozialministerium ein Gesetzentwurf vorgelegt, dem das gleiche Konzept wie dem zurückgezogenen Eckpunktepapier zugrunde lag.

Nachdem auch dieses Mal der Widerspruch der verschiedenen beteiligten Bereiche deutlich wurde, wurde der Gesetzentwurf vom Koalitionsausschuss zurückgezogen und das inzwischen zuständige Bildungsministerium hat die Inkraftsetzung des Gesetzes vom 1.8.2003 auf den 1.1.2004 verschoben. „Sorgfalt statt Eile“ soll nun die Devise sein.

Die Elterninitiative Nordfriesland hat sich bereits 2002 aus einigen Husumer Kindergärten gegründet. Inzwischen haben sich Eltern aus dem gesamten Kreisgebiet angeschlossen. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, die Pro-Kind-Finanzierung zu stoppen, da sie für Nordfriesland außerordentlich negative Folgen haben wird.

Das jetzt verschobene Konzept hätte nach Berechnungen des Kreises Nordfriesland für über 90 Prozent der Einrichtungen im Kreisgebiet massive Mindereinnahmen zur Folge. Diese führen zwangsläufig zu Entlassungen, Erhöhungen der Gruppengrößen und höhere Elternbeiträge, die über die Sozialstaffel den Kreis Nordfriesland zusätzlich belasten würden. So käme es beinahe automatisch zu einer Kürzung auch der Kindergartenzuschüsse des Kreises. Eine Erhöhung der Elternbeiträge würde es vielen jungen Familien zudem unmöglich machen, ihre Kinder in den Kindergarten zu geben. Sozialhilfeempfänger und Besserverdienende blieben übrig. Das ist nicht sozial gerecht.

Die Existenz kleiner Einrichtungen insbesondere im ländlichen Raum wird gefährdet. Dort sind volle Kindergärten alleine aufgrund mangelnder Nachfrage nicht jedes Jahr gewährleistet. Die Verantwortung für die Sicherung dieser Kindergärten soll nun den Kreisen zu-

geschoben werden. Die haben aber, wie erwähnt, ohnehin schon erhebliche Probleme mit der geplanten Regelung.

../2

Wir können nicht verstehen, dass derartige Maßnahmen mit diesen klar absehbaren Folgen ausgerechnet in einer Zeit geplant werden, in der den Kindertagesstätten richtigerweise ein verstärkter Bildungsauftrag übertragen, wie dies ja auch mit dem Ressortwechsel deutlich gemacht wurde. Mehr Qualität und mehr Leistung mit weniger Geld, weniger Personal und größeren Gruppen kann nicht funktionieren!

Wir als Eltern sind natürlich daran interessiert, die Angebotsstruktur und die Qualitätsstandards in den Kindertagesstätten zu verbessern. Dazu ist eine Pro-Kind-Finanzierung jedoch nicht geeignet. Sie würde bedeuten, einen künstlichen Wettbewerb auf Kosten der Kinder herbeizuführen.

Es ist aus unserer Sicht auch nicht vertretbar, eine Finanzierung durchzusetzen, die von allen anderen Beteiligten (Landkreistag, Städteverband, Trägerorganisationen und Eltern) in dieser Form abgelehnt wird. **Wir fordern die Landesregierung und die unterstützenden Regierungsfractionen daher auf, die aktuelle Planung zu stoppen!**

Wir sind selbstverständlich bereit, über eine angebotsorientierte und qualitätsfördernde Neuordnung der Bezuschussung zu diskutieren. Dazu sollten die Verantwortlichen sich nach unserer Auffassung **vor** einem neuen Gesetzentwurf mit allen Beteiligten an einen Tisch setzen, um gemeinsam zu einer konsensfähigen Lösung zu kommen. Dadurch wird erreicht, dass möglichst viele Aspekte, die vor Ort von Interesse sind und sich dort auch auswirken, bedacht und berücksichtigt würden.

Wir möchten:

Nicht kürzen bei den Kurzen!

Wir würden uns über eine diesbezügliche Reaktion und natürlich auch eine Antwort Ihrer Fraktion sehr freuen.

Mit freundlichen Grüßen

Ulrich Kropp Heike Klein